

Sturmflut 1962 in Hamburg

Tod durch Desinteresse

Von Klaus Baumgardt

Der Artikel erschien gekürzt in der Zeitschrift „Waterkant“, März 2012

Zahlreiche Ausstellungen, Internetbeiträge, Gottesdienste und Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der schweren Sturmflut vom 16. / 17. Februar 1962 geben keine Antwort auf die Frage, warum Hamburg mit 60 Deichbrüchen, 150 Quadratkilometern überschwemmtem Land und 315 Toten soviel stärker zu leiden hatte als Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen, wo insgesamt 28 Todesopfer zu beklagen waren (Wikipedia (1)). Hier eine mögliche Antwort.

Vorwarnung – Sturmflut 1953 in den Niederlanden

Neun Jahre zuvor hatte ein Warnschuss aus dem Mutterland des Deichbaus die ganze Nordseeküste aufgerüttelt. Vom 31. Januar auf den 1. Februar 1953 waren England, Belgien und die Niederlande, mit mehr als 1800 Toten am schwersten betroffen, von einer schweren Sturmflut heimgesucht worden. Als Ursachen der verheerenden Wirkung waren Kriegsschäden an Hochwasserschutzanlagen, vernachlässigte Deiche, unzuverlässige meteorologische und hydrographische Vorhersagen, fehlende oder ausgefallene Kommunikationsanlagen sowie mangelnde Koordination der Katastrophenschutzpläne analysiert worden. Die letzte Sturmflut lag lange zurück, das Bewusstsein für die Gefahr war gesunken, die Warnsignale wurden teilweise nicht verstanden. Die Deiche waren mit steilen Binnenböschungen gebaut, die leicht erodierten und brachen, wenn sie von außen überströmt wurden (Wikipedia (2)).

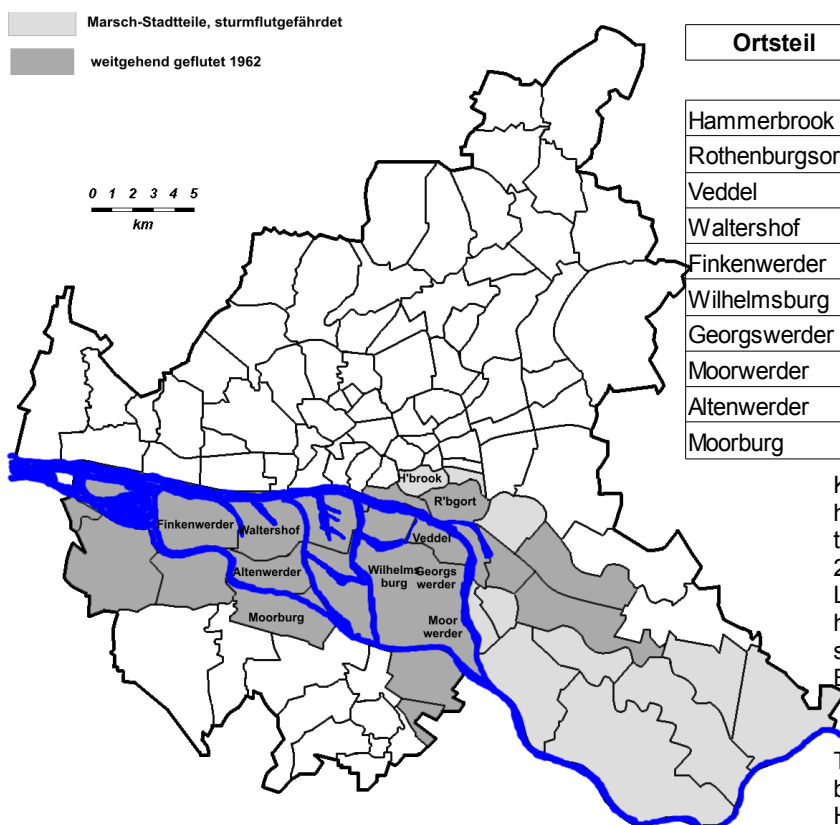
Stadtwachstum in den Flutraum

An der Elbe wurden nach dem Krieg Wohnungen, Industrie und Hafenanlagen, welche die Alliierten zerbombt hatten, entweder rekonstruiert oder neu erbaut. Durch Flüchtlinge wuchs die Bevölkerung von 1,71 Millionen in 1939 um sieben Prozent auf 1,84 Millionen im Jahre 1962. Die relative Zunahme in den sturmflutgefährdeten Marschgebieten war deutlich höher als in den trockenen Stadtteilen der Geest (Statistisches Jahrbuch Hamburg (3)).

Stadtgebiet	Einwohnerzahl in Tausend				Quotient %
	1939	1946	1953	1962	
Hamburg Marsch	131	126	150	156	119
Hamburg Geest	1581	1301	1537	1681	106
Hamburg gesamt	1712	1427	1687	1837	107

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Hamburgs von 1939 bis 1962, differenziert nach sturmflutgefährdeten Stadtteilen und Gebieten oberhalb der Hochwasserbemessungslinie.

Innerhalb der Stadt kam es durch die Kriegszerstörungen zu deutlichen Umschichtungen, s. Tabelle 2 (3) und Karte.



Ortsteil	Einwohnerzahl				Quotient %
	1939	1946	1953	1962	
Hammerbrook	44756	1300	1432	682	2
Rothenburgsort	24815	1589	2434	4761	19
Veddel	8160	7119	9492	8195	100
Waltershof	313	2277	4425	4096	1309
Finkenwerder	6318	13076	14914	17990	285
Wilhelmsburg	25436	31058	36964	39911	157
Georgswerder	9289	13003	15665	14986	161
Moorwerder	905	1324	1151	1257	139
Altenwerder	2071	2248	2545	2543	123
Moorburg	1972	2070	2252	2094	106

Karte Ortsteile: Wikipedia; Erzeuger: Pincerno http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Pincerno_-_Cranz_11-2008.PNG&filetimestamp=2008111234214
Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>
Bearbeitung (Label, Einfärbung, Gewässer): K. Baumgardt

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in beispielhaften sturmflutgefährdeten Stadtteilen Hamburgs von 1939 bis 1962

Die vor dem Krieg dichtest besiedelten Stadtteile Hammerbrook und Rothenburgsort waren 1943 durch Bombenangriffe zerstört und entvölkert worden. Während der Hammerbrook nach dem Krieg weiter entsiedelt wurde, entschloss man sich, Rothenburgsort wieder mit Wohnungen zu bebauen. Die Veddel blieb stabil.

Aus zerbombten Stadtteilen waren Menschen in Kleingärten und unbesiedelte Gebiete geflohen und hatten sich dort behelfsmäßig eingerichtet – vor allem im nächstgelegenen Marschland. Waltershof lag brach, weil durch den Krieg die geplante Nutzung als Hafengebiet aufgeschoben worden war, so dass zu den vor dem Krieg 300 Einwohnern sich 4000 Behelfsheimer gesellten. Ähnliches geschah in Finkenwerder und auf der Wilhelmsburger Insel in den damaligen Stadtteilen Georgswerder, Wilhelmsburg und Moorwerder. In Wilhelmsburg kamen aber auch neue Wohnbauten und entsprechend neue Einwohner hinzu. Traditionelle Marschendorfer wie Altenwerder oder Moorburg dagegen boten weniger Gelegenheiten für Behelfsheime oder gar Neubauten.

Deutlich mehr Menschen waren durch Sturmfluten gefährdet, die besonders durch den Wohntypus "Behelfsheim" ein höheres Risiko trugen.

Die Zeichen standen auf Wirtschaftswunder. Der „Aufbauplan“ von 1960 sah neben neuen Wohn- und Gewerbegebieten auch erheblich erweiterte Verkehrsstrukturen vor (4). Die Werftindustrie erlebte eine Blüte, die Mineralölindustrie bereitete sich auf die Massenmotorisierung vor, 1961 verabschiedete die hamburgische Bürgerschaft einstimmig das Hafenerweiterungsgesetz. Wen im Senat interessierte da schon ein Sturmflutrisiko?

Für den Fall der Fälle...

... hatte Hamburg sich kaum vorbereitet. Der Schutz der zusätzlich geplanten Einwohner und Sachwerte im Marschland wurde in den hochfliegenden Plänen kaum erwähnt.

Nach der Flut 1953 in Holland war in Hamburg geprüft worden, ob die Deiche die vorgeschriebene Höhe hätten. Durch Setzungen erreichten die Deichkronen an vielen Stellen nicht die Norm von 5,80 Meter Normalnull (Altes Land und Wilhelmsburg) beziehungsweise 5,65 m NN (Hafengebiet und Bergedorf); in Moorburg wurden 5,40 m NN gemessen (Sachverständigenausschuss zur Untersuchung des Ablaufs der Flutkatastrophe (5)). Nach dem deutschen „Küstenplan“ sollten die Deiche wieder auf Normhöhe gebracht und andere Missstände behoben werden. 1962 jedoch waren diese Arbeiten noch im Gange (5). Beim Hafen- und Verkehrsausbau hatte man Deiche durch Dämme und Aufspülungen ersetzt, die weder von der Höhe (Hafennorm) noch baulich Schutz bieten konnten. Die Aufhöhung am Spreehafen in Wilhelmsburg war ein derartiger Fall, der zu den schlimmsten Überflutungen führte und anteilig die meisten Todesopfer forderte:

"Zwischen dem Spreehafen und der Harburger

Reichsstraße liegt das aufgehöhte Berliner Ufer. ... Die Höhe dieses Erdkörpers, der Wilhelmsburg vor Hochwasser schützt, beträgt zum Spreehafen hin +5,40 m NN und zur Harburger Reichsstraße +5,26 m NN. ... Eine Deichunterhaltungspflicht und eine Deichaufsicht bestehen nicht." (5)

Ein Meeresspiegelanstieg durch tektonische Senkung der norddeutschen Erdplatte war damals noch eine eher akademische Frage. Die Laufzeit der Flutwelle von Cuxhaven bis Hamburg wurde in ihrer praktischen Bedeutung aber erkannt. Die Sachverständigen schreiben:

„Bemerkenswert ist das schnelle ... Auflaufen der Nachtflut. ... Ein Zusammenhang mit den Fahrwasserregelungen in der Unterelbe und dem Ausbau im Hamburger Hafengebiet seit Beginn dieses Jahrhunderts ist anzunehmen“ (5).

Niemand konnte damals erwarten, dass der Küstenplan kurzfristig würde finanziert und umgesetzt werden können. In der Übergangsfrist war Hamburg also so gefährdet, wie es die Niederlande 1953 gewesen waren. Die Baubehörde als oberste Deichaufsicht hatte zuletzt im Dezember 1961 einen Alarmplan aufgestellt, der nach den Vorhersagen des Deutschen Hydrographischen Instituts (DHI, heute Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie) abgestuft Warnungen an Bezirksämter und Deichverbände auslösen sollte. Für die Gefahrenabwehr im Hafen war das Amt für Strom- und Hafenbau zuständig (5). Aber kein Polizeisenator (später wurde daraus Innensenator) ließ Vorkehrungen treffen, in denen auch Evakuierungen geplant, in denen die Lehren der Hollandflut beherzigt wurden, kurz: der den Namen „Katastrophenschutzplan“ verdient hätte.

Halbherzig und zu spät...

... erkannten die Hamburger Behörden die Gefahr, obwohl sie nicht plötzlich eintrat, sondern sich mehrere Tage hindurch steigerte. Seit Montag, 12. Februar 1962, hatte der Sturm hunderte von Einsätzen von Polizei und Feuerwehr in Hamburg erfordert. Die Feuerwehr war im Ausnahmezustand. Seewetteramt und DHI hatten am 16. Februar von morgens bis abends immer schwerwiegendere Sturm- und Flut-Warnungen herausgegeben, die in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen beherzigt wurden. Polizei, Feuerwehr, Deichverbände, nichtstaatliche Hilfsorganisationen wie die DLRG und selbstverständlich auch die Bundeswehr wurden alarmiert und eingesetzt.

In Bremen ordnete die Innenbehörde am 16. Februar um 21 Uhr die Evakuierung der tiefliegenden Gebiete an, weil dort viele Behelfsheime lagen. Die meisten Bewohner waren bereits auf sicherem Grund, als gegen Mitternacht die Flut die Deiche und rund 60 Quadratkilometer Land überströmte. In Bremen ertranken sieben Menschen, die sich geweigert hatten, ihre Häuser zu verlassen (1, 7).

In Hamburg hatte die Baubehörde nach ihrer Alarmordnung die Stufe III ausgerufen, wodurch vor allem die Deichverbände in Marsch gesetzt wurden. So wurden

Menschen in großer Zahl gewarnt, sei es als Helfer auf dem Deich, oder indirekt als deren Angehörige und Nachbarn. Deshalb gab es in den fluterprobten Marschendörfern relativ wenige Todesopfer, z.B. neun in Moorburg, keines in Altenwerder (5). Wo aufgehöhntes Hafengebiet Schutz bieten sollte, gab es keinen Deichverband. Zum Hafen hin war das Amt für Strom- und Hafenausbau zuständig, aber zur Binnenseite ... niemand! Erst als die „Schutzwälle“ schon überliefen, warnten Polizisten in Wilhelmsburg und Waltersdorf auf eigene Faust die meist schlafenden Behelfsheimer, zu spät und häufig vergeblich.

Unter blinden Hühnern der einäugige Hahn...

... war Polizeisenator Helmut Schmidt. Vom 15. bis 16. Februar nahm er an einer Innenministerkonferenz in Berlin teil. Durch die DDR fuhr er mit dem Auto am 16. Februar zurück und kam gegen 23 Uhr in seiner Wohnung im sturmflutsicheren Norden Hamburgs an. Nach Aussage von Schmidt (Helmut Schmidt im NDR-Interview (6)) hatte ihn niemand aus seiner Behörde informiert, dass Hamburg durch den Orkan und eine Sturmflut Gefahr drohe. Er rief aber auch nicht von sich aus in seiner Behörde an, sondern ging zu Bett.

Eine fragwürdige Darstellung: Obwohl der Sturm seine Behörde seit Tagen über die Maßen beschäftigte, fuhr er nach Berlin, ohne einen Vertrauten zu instruieren, wie er zu unterrichten sei. Sprach er mit seinen Kollegen aus den Küstenländern nicht über den Sturm? Obwohl er auf der Rückfahrt feststellte, dass der Sturm sich verstärkt hatte (6), steuerte er nicht das Polizeihauptquartier in der Innenstadt an. Umgestürzte Bäume? Na, und? Früh am Morgen des 17. Februar erfuhr Schmidt nach eigenen Angaben per Anruf, was in der Nacht passiert war, und fuhr ins Polizeihauptquartier, wo er um 6:45 Uhr eintraf und einen Haufen „aufgeregte Hühner“ (6) vorfand. Relativ ausgeruht übernahm er das Kommando, zehn Stunden später, als ein Bremer Kollege auf seinem Posten stand und die Evakuierung befahl. Der Mut, eine rechtzeitige Evakuierung anzuordnen, die bei einem Fehllarm die politische Karriere gefährdet hätte, fehlte H. Schmidt. Seinen Unmut kühlte er, indem er alle „Bedenkenträger“ (6) aus seinem Stab schickte, und die verbliebenen Beamten abfertigte:

„Ich werde das veranlassen“, antwortet der zuständige Mann. Senator Schmidt fegt den Satz zur Seite: „Veranlassen ist so eine Sache. Wann marschierst du?“ Ein Blick zur Uhr. „Ab 18 Uhr ist alles klar. Erbitte Vollzugsmeldung““ (Hamburger Abendblatt Sonderausgabe (7)).

Seinen Spitznamen „Schmidt-Schnauze“ aus dem Bundestag kann man wohl erweitern auf „Schmidt-Anschnauze“.

Arme Stadt,

die Helden nötig hat. Senat und Behörden hatten so gründlich versagt, dass eigentlich ein Staatsanwalt den

Fall hätte übernehmen müssen – grob fahrlässige Tötung in 315 Fällen, tausendfach unterlassene Hilfeleistung. Trotzdem ging keine Welle der Empörung durch die Stadt. Das „Hamburger Abendblatt“ fragte:

„Warum gab es keine Warnung? ... drei Tage nach der verheerenden Sturmflut mehrten sich kritische Stimmen, die die Frage nach einer möglichen Schuld stellen. ... Noch 1953 ... erklärten die Hamburger Behörden, dass alle Deiche im Hamburger Raum auf einen Hochwasserstand von 5,70 Meter eingerichtet seien. ... Höhere Gewalt, Gleichgültigkeit, Fahrlässigkeit oder Schuld – das werden die Untersuchungen der nächsten Wochen eindeutig klären müssen. Die Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, ob überall in Norddeutschland die Lehren aus der holländischen Überschwemmungskatastrophe im Jahre 1953 gezogen wurden und ob überall eine ausreichende Deichsicherung erfolgt ist“ (7).

Aber danach schwiegen die kritischen Stimmen. Vor allem der Vergleich mit Bremen ist bis heute ein Tabu (Ausstellung und Begleitbuch Hamburger Behörden zum 50sten Jahrestag (8)). Stattdessen wurden Helden sagen erzählt – von den Hubschrauberpiloten, die im Sturmwind Überlebende von Dächern pflückten; von Behelfsheimern, die Nachbarskinder ans rettende Ufer zogen; von Krankenschwestern, die rund um die Uhr Verletzte versorgten; von neun Soldaten und drei zivilen Helfern, die „ihr Leben gaben“ (7); und immer wieder vom Retter Helmut Schmidt.

Das Leben ging weiter...

... und vor allem die Geschäfte. Nach zwei Tagen lief der Hafenbetrieb wieder normal, berichtete das „Abendblatt“ (7). 150 000 Menschen versammelten sich am 26. Februar zur Trauerfeier auf dem Rathausmarkt und lauschten ergreifenden Reden (7). Am folgenden Tag erging eine

„Mitteilung des Senats an die Behelfsheimbewohner“:

1. Wer sein Behelfsheim aufgibt, ... bekommt ... eine Pauschalentschädigung von 2500 DM ...
3. In den nachstehend aufgeführten Behelfsheimgebieten kann ein weiteres Wohnen nicht mehr verantwortet werden
... 30 namentlich genannte Gebiete
Diese Behelfsheimgebiete werden auf Kosten des Senats abgeräumt. Die früheren Bewohner können bis zum Beginn der Räumungsaktion ... ihnen gehörende Gegenstände bergen. ...“ (8)

Der Senat spekulierte richtig: Die geschockten Behelfsheimer wehrten sich nicht, auch nicht gegen die dürftige Entschädigung. Wie zweckmäßig das Vorgehen war – wiewohl es brutal erscheint – zeigt sich in der Tatsache, dass der Hafen Waltersdorf gerade rechtzeitig fertig wurde, als 1968 das erste Containerschiff ihn anlief. Wenn man sich an Altenwerder erinnert, wo es Jahrzehnte dauerte, bis die letzten Bewohner einsahen, dass der Senat mächtiger ist als jede Sturmflut, muss man zugeben, dass der Senat die Chance „Sturmflut“ schlau genutzt

hat.

Denkmuster

„Dass die Deiche brechen könnten, hatte niemand für möglich gehalten“ (8).

Mit dieser platten Lüge eröffnete die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ihre Ausstellung zum 50-sten Jahrestag der Sturmflut 1962. Richtig hätte es heißen müssen: „Dass die Deiche brechen könnten, wollten die verantwortlichen Politiker und Behördenleiter nicht für möglich halten.“ Warum sie das nicht wollten, ist die entscheidende Frage.

Die Sachverständigen, unabhängig vom Senat, aber als Experten durchaus befangen, führen zur Entschuldigung an, Zeitgeist und Volk hätten mehr Vorsorge vor Gefahren nicht gewollt:

„Es wird stets abzuwägen sein – und dies ist eine politische Entscheidung – wie viel Mittel für einen vorsorgenden Katastrophenschutz zu Lasten anderer Aufgaben verwandt werden sollen ... Die Aufgaben, die sich Menschen in einer bestimmten Zeit stellen, können in der Regel nur aus dem Geist bewältigt werden, der in einer Gesellschaft herrscht“ (5).

Die Sachverständigen, die es hätten besser als normale Bürger wissen müssen, versteckten sich hinter dem „Zeitgeist“. Eine öffentliche Debatte in Hamburg, wie viel Geld man in den Flutschutz stecken sollte, hatte nicht stattgefunden. Der Bürger erwartet zu Recht, dass der Staat mit seinen Fachleuten tut, was getan werden muss, und nicht abgewogen wird, ob man 100 oder nur 10 Tote in Kauf nimmt. In Friedenszeiten jedenfalls.

Die Akteure der Sturmflut 1962 folgten konkreten Interessen – und die gilt es zu untersuchen.

Dem Wiederaufbau nach dem Krieg folgte das Wirtschaftswunder, und das beruhte auf Wachstum. Neue Wohnviertel mit Hochhäusern mussten her, in Industrie und Hafen sollten neue Arbeitsplätze entstehen und dazwischen die autogerechte Stadt. Der Hinweis, neue Wohnungen in der Marsch seien wegen Sturmflutschutzes teurer als auf der Geest, wäre politisch schlecht zu verkaufen gewesen. Der Staat löste das Erklärungs-Dilemma durch Entkopplung von baulicher Entwicklung und Sturmflutschutz, womit Letzterer nun kärglich finanziert die nach der Hollandflut erkannten Defizite abarbeitete und, wie man 1962 sah, nicht weit damit gekommen war.

Nach der Katastrophe 1962 musste ein Deicherhöhungsprogramm rasch und mit ausreichend Geld her. Dabei wurde nicht in Frage gestellt, weitere Wohnungen in die Marsch zu legen - nicht zu verantworten sei nur das Wohnen in Behelfsheimen. Zwar hätte man, von den neuen Deichen geschützt, auch in diesen Behelfsheimen künftig sicher leben können, aber der Senat hatte an denen eben kein Interesse.

Spezielle Interessen hatte Polizeisenator Helmut Schmidt: Sein Denken kreiste um Bundes- und besonders um Militärpolitik. Sein Hamburger Amt nutzte er dazu als Plattform. Er zog es deshalb vor, in einer poli-

zeilich kritischen Lage nach Berlin zu reisen. Zu dem Zeitpunkt, als über eine vorsorgliche Evakuierung entschieden werden konnte, ließ er seine Mitarbeiter führungslos. Um sein Versagen zu kaschieren, trat er besonders forsch auf. Er reklamierte es als seine Idee, die Bundeswehr zu Hilfe gerufen zu haben (6). Die Bundeswehr war in allen Küstenländern schon am 16.2. um Hilfe gebeten worden. Die Baubehörde Hamburg hatte am Abend des 16.2. das Pionierbattalion aus Harburg angefordert (5), als H. Schmidt nichts ahnend zu Hause saß. Nicht nur in Hamburg kamen übrigens Angehörige der Bundeswehr bei Rettungseinsätzen ums Leben. Originell bei H. Schmidt war, die selbstverständliche Praxis hypothetisch als Verstoß gegen das Grundgesetz in Frage zu stellen, um sich dann zu loben, er habe sich kühn über die Bedenken hinweggesetzt. Seine Karriere war gesichert, und die Wiederbewaffnung Deutschlands hatte auch ihr Gutes.

Nach wenigen Tagen verstummte Kritik an der mangelhaften Vorsorge. Der Senat nährte er die Medien mit Anekdoten von Heldentaten nach der Katastrophe. Besonders beliebt bis heute (8) sind Augenzeugenberichte, weil sie immer ein gutes Ende für den Zeugen nehmen. Und dann die umfassende Hilfsbereitschaft, mit der alle HamburgerInnen beitrugen, das Unglück zu bewältigen!

Rückblick

Die Nachbereitung der Sturmflut 1962 erinnert an die Cholera-Epidemie von 1892. Der Historiker Richard Evans beschreibt in seinem Buch „Tod in Hamburg“ (9), wie die herrschende Klasse es so weit kommen ließ aus Profitgier, Desinteresse und Verachtung der armen Leute. Hamburg war die wachsende Stadt, baute des Reiches Hafen aus, ein prunkvolles Rathaus, erfreute sich der Gunst des Kaisers, förderte eine aktive Kolonialexpansion, hatte den Kopf voll glänzender Geschäfte und ruhmreicher Politik – betrieb aber trotz mehrerer vorangegangener Ausbrüche der Cholera keine vorsorgende Gesundheitspolitik. Insbesondere wurden keine Quarantänemaßnahmen geplant, weil dies das Hafen- und Auswanderergeschäft hätte stören können. Auch damals zeigte Bremen, als Hafenkonkurrent gleichauf mit Hamburg, wie man es besser macht: Der schwerste Choleraausbruch forderte dort rund 130 Tote. Die Verantwortung für 8600 Tote in Hamburg versuchte der Senat abzuwälzen, indem er Heldensagen verbreitete und die allgemeine Hilfsbereitschaft lobte...bis heute. Selbst 100 Jahre später schwadronierte der sozialdemokratische (!) Bürgermeister Voscherau in seiner Gedenkrede von den "großen Familien" Hamburgs, die unermüdlich die Not bekämpften. Evans wies vergeblich darauf hin, dass die "großen Familien" diese Not herbeigeführt hatten.

Ausblick

Mit welchen Katastrophen müsste man in Zukunft rechnen?

Die Chance in Deutschland war für Hamburg eine der höchsten: ein Atomkraftwerksunfall wie in Harrisburg,

Tschernobyl oder Fukushima. In seinem industriellen Wachstumswahn (ein zweites Ruhrgebiet an der Elbe) hatte der Senat mit Hilfe des Staatsunternehmens HEW Hamburg mit vier Atomkraftwerken umzingelt. Wenigstens kann man keinem Senat vorwerfen, er habe ein solch dramatisches Event durch wirksame Schutzpläne oder einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie verhindert. Aber noch ist Brokdorf in Betrieb, und in Brunsbüttel und Krümmel lagern Brennelemente.

Eine Sturmflut ist beim gegenwärtigen Ausbau der Deiche sehr unwahrscheinlich, es sei denn, die schlimmsten Erwartungen der Klimaforscher zum Meeresspiegelanstieg werden übertroffen, und Hamburg verarmt wie Griechenland und kann sich den Schutz nicht mehr leisten. Epidemien durch Klimawandel oder durch EHEC-Mutationen? Havarie eines Riesenfrachters auf der vertieften Elbe?

Die Voraussetzungen, dass nicht vorgesorgt wird, sind gegeben.

Quellen:

1. http://de.wikipedia.org/wiki/Sturmflut_1962
2. http://de.wikipedia.org/wiki/Flutkatastrophe_von_1953
3. Statistisches Amt: Statistische Jahrbücher Hamburg
4. Gesetz über den Aufbauplan der Freien und Hansestadt Hamburg vom 16. Dezember 1960; dazu: Die Welt: Letzte Ausfahrt Winterhude; 10.10.2010; <http://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article10190506/Letzte-Ausfahrt-Winterhude.html>
5. Ausschuss von Sachverständigen, Vorsitz Otto A. Friedrich: Bericht des vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg berufenen Sachverständigenausschusses zur Untersuchung des Ablaufs der Flutkatastrophe; Hamburg, April 1962; gedruckt bei Lütcke & Wulff.
6. Helmut Schmidt im Interview mit Raymond Ley: NDR-Fernsehaufzeichnung 2006; <http://www.youtube.com/watch?v=ncZjXVIR2Fw>
7. Hamburger Abendblatt: „Das war die große Flut“; Sonderausgabe 12. März 1962
8. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Die große Flut – Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven“; Ausstellung im Hamburger Rathaus vom 16. Februar bis 4. März 2012; Begleitbuch zu den Ausstellungen im Rathaus und Museum für hamburgische Geschichte, Museumsdienst Hamburg, H. Hötte (Hg)
9. Evans, Richard J.: „Tod in Hamburg – Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910“; Rowohlt-Verlag; Reinbek, 1990.
10. Kate Pickett, Richard Wilkinson: The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone; Penguin Books, London 2010; mehrere Rezensionen, u.a. Taz 2009, <http://www.taz.de/Soziale-Unterschiede-machen-krank/!33393/>

Die Schere zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen klappt in Hamburg besonders weit auseinander. Nach Pickett und Wilkinson (10) sind Gesellschaften mit großen Einkommensdiskrepanzen anfälliger für Gesundheitsprobleme und natürlich auch für soziale Störungen wie Kriminalität. Der Neid auf der einen und die Verachtung auf der anderen Seite wachsen. Die Bereitschaft schwindet, einander im Notfall beizustehen wie nach der Sturmflut 1962.

Von der gut gestellten politischen Seite hört man seit Jahren Schlagworte "Wachsende Stadt", "Wachsen mit Weitsicht" (mit dem grünen Touch), "1. Liga der Welthäfen", "Kulturmetropole", "Umwelthauptstadt", "Maritimes Cluster", "Leuchttürme", Vergleiche mit London, Barcelona und Sidney, Hamburg hat Großes vor. An Probleme zu denken, ist uncool – und Cassandra gewinnt keine Bürgerschaftswahl.

Wir warten gespannt auf die nächste Katastrophe.